

Westerwald

RZ+ Fotos, Videos, Berichte auf www.rhein-zeitung.de/westerwald

Tea Time
Gönnen Sie sich einen besonderen Genuss-Moment mit einer klassischen Tea-Time nach englischem Vorbild.

- Teeauswahl aus dem Hause Ronnefeldt oder Kaffee
- ein Glas Sekt Selection
- herzhaft Finger-Sandwiches & Scones mit Clotted Cream & Konfitüre
- süße Versuchungen aus der hauseigenen Patisserie

pro Person **36,- €**

Termine 2026: 22. Februar | 22. März | 26. April,
Jeweils von 14:30 bis 17:00 Uhr

Hotel Heinz GmbH · HÖR-Grenzhausen · 02624/9430-380 · www.hotel-heinz.de

Wehrpflicht wirft Frage nach Gerechtigkeit auf

Schüler des Raiffeisen-Campus diskutierten mit Vertretern von Bundeswehr, Forschung und Friedensbewegung

Von Katrin Maue-Klaeser

■ **Westerwald.** Es ging um ein hochpolitisches Thema – doch hatten die Oberstufenschüler des Raiffeisen-Campus in Dernbach keine Politiker aufs Podium geladen: Über die Wehrpflicht oder „den Generationenkonflikt unserer Zeit“ haben sie vielmehr mit Interessenvertretern aus Bundeswehr, Forschung und Friedensbewegung diskutiert. Die virtuelle Einführung ins Thema von „Mr Wissen2go“ Mirko Drotschmann wurde eingespielt.

Während Deutschland in der militärischen Kommandostruktur der Nato gerade mehr Spitzenpositionen übernimmt, formuliert André Wüstner, Vorsitzender des Deutschen Bundeswehrverbands, einmal mehr deutlich seine Kritik an der schlechten Ausstattung der Truppe: „Wenn mir einer sagt, da gehen wir hin, antworte ich: Ja, wir gehen – fahren können wir nicht.“ Beispielhaft beschreibt er die Zahl der Tankfahrzeuge als um Größenordnungen zu klein.

Neben Wüstner saßen auf der Bühne in der Campus-Aula Stefan Kroll vom Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung und Judith Busse, Landesgeschäftsführerin der Deutschen Friedensgesellschaft. Mit Greta Geimer und Mike Hannappel leiteten zwei Oberstufenschüler sehr gekannt und diszipliniert die Debatte.

Das Thema hatten sie in drei Blöcke aufgeteilt: Warum brauchen wir eine Wehrpflicht? Wie gerecht ist eine Wehrpflicht (die nur für Männer gilt)? Wie erreichen wir Verteidigungsfähigkeit? Die Idee einer Rückkehr zur Wehrpflicht hat bundesweit unter den jungen Erwachsenen mehr Gegner als Befürworter, eine gewisse Skepsis gegenüber dem Vorhaben ließ sich auch den Fragen der Jugendlichen entnehmen.

So erhielt Stefan Kroll vom Leibniz-Institut für seine „Das eine (Verteidigungsfähigkeit aufbauen) tun, das andere (diplomatische Friedensbemühungen) nicht lassen“-Argumentation viel Beifall. Doch vor allem Wüstner, prominenter Befürworter einer Wehrhaftigkeit durch – stufenweise – Rückkehr zur Wehrpflicht und umfassende Investitionen in ein eigenes deutsches und europäisches



Die Oberstufenschüler Greta Geimer und Mika Hannappel (außen) moderierten die Podiumsdiskussion mit (von links) André Wüstner, Stefan Kroll und Judith Busse.

Foto: Katrin Maue-Klaeser

Abschreckungspotenzial, bekam mehrfach Szenenapplaus.

Wenig Zuspruch gab es in Dernbach hingegen für die Vertreterin der Friedensgesellschaft. Deutlich wurde hier das Dilemma von Pazifisten in Zeiten (näher rückender) kriegerischer Auseinandersetzungen: Judith Busses Appell, mit dem Gegner zu sprechen und eventuell Kompromisse zu finden, wurde nicht honoriert, ebenso wenig ihr Ansatz: „Wir sollten friedensfähig werden, nicht wehrfähig.“

Ein etwas positiveres Echo gab es auf Busses Argumentation gegen eine Wehrpflicht. Sie plädierte für individuelle Freiheit und gegen den Zwang zu einem „Kriegsdienst“ oder „Dienst an der Waffe“. Sie sprach sich auch gegen eine Verweigerung nur aus Gewissensgründen aus „und nicht, weil man zum Beispiel Angst hätte, in einem Krieg zu sterben“, sagte die

ANZEIGE

www.solarfloor.net · Telefon: 02626 77 633

Landesgeschäftsführerin der Deutschen Friedensgesellschaft für Rheinland-Pfalz und Hessen. Busse selbst stellte fest, dass sie die Frage nach friedlichen Alternativen – was kann man statt Aufrüstung und Abschreckung tun – nicht zufriedenstellend beantworten konnte.

Einig waren sich die Podiumsgäste, die Schüler auf der Bühne und das Publikum indes darin, dass für Männer und Frauen oder „alle Geschlechter“, wie es Kroll offen formulierte, gleiche Rechte und Pflichten gelten sollten. Allerdings wies Wüstner darauf hin, dass für eine Ausweitung der Wehrpflicht auf Frauen eine Grundgesetzänderung erforderlich ist. Die dafür notwendige Zweidrittelmehrheit sei aus seiner Sicht „unter den momentanen Voraussetzungen“ nicht zu erreichen. Dagegen ist die Wehrpflicht für Männer im Grundgesetz verankert und derzeit lediglich ausgesetzt.

Im Publikum waren sowohl Schüler des Campus vertreten als auch Eltern, Großeltern und andere interessierte Erwachsene. Die Männer unter ihnen dürften grobenteils noch von der bis 2011 bestehenden Wehrpflicht betroffen

gewesen sein, unter den Frauen waren Angehörige der Bundeswehr, eine auch in Uniform. Diese Konstellation mag zu dem anhaltenden Beifall beigetragen haben, der insbesondere auf Äußerungen zugunsten eines Wehrdienstes und einer angestrebten Wehrhaftigkeit folgte.

Anhaltenden Applaus gab es aber auch für den Schüler Sebastian, der klare Worte fand: „Ich bin gegen die Wehrpflicht, aber für Verteidigungsfähigkeit!“ Er vertrat dabei die Ansicht, dass „ein großes Fußvolk“ nicht mehr zeitgemäß sei und es eher darum gehen müsse, das Budget für sinnvolle technische Ausstattung zu nutzen – etwa eigene Satelliten. „Ein Menschenleben einzusetzen, sollte das letzte Mittel in einem Konflikt sein“, mit diesem Satz brachte der junge Mann den Konsens aller Anwesenden auf den Punkt.

Die Polizei warnt vor „Dachhaien“

Betrügerische Handwerker im Westerwald unterwegs

■ **Westerwaldkreis.** Im Westerwaldkreis kommt es derzeit vermehrt zu Betrugsfällen durch sogenannte Dachhaie. Die Täter sprechen Hausbesitzer unangekündigt an und behaupten, Schäden an Dachrinnen oder am Dach festgestellt zu haben. Sie bieten eine sofortige Reparatur an, verlangen anschließend jedoch stark überhöhte Preise. Die Arbeiten werden zudem unsachgemäß ausgeführt, wodurch Folgeschäden entstehen können.

In einigen Fällen haben die Täter die Opfer abgelenkt, um Dachrinnen mutwillig zu beschädigen. Manchmal wurden Geschädigte von den Tätern auch zur Bank gefahren, damit sie Bargeld für die Bezahlung abheben konnten.

Die Kriminalpolizei rät in diesem Zusammenhang: keine Haustürgeschäfte abschließen, nicht unter Druck setzen lassen, keine Barzahlungen leisten, schriftliche Angebote einholen und Fachbetriebe konsultieren, verdächtige Personen oder Fahrzeuge sofort der Polizei melden. *red*

➕ Hinweise nimmt die Polizei in Montabaur unter Telefon 02602/92260 entgegen.

A3 war voll gesperrt

Trümmerfeld geräumt

■ **Montabaur.** Infolge eines Unfalls ist am Freitag ab etwa 14 Uhr die A3 in Fahrtrichtung Frankfurt hinter der Ausfahrt Montabaur gesperrt. Zur Unfallaufnahme und Beseitigung des Trümmerfeldes musste die Autobahn für rund eine Stunde voll gesperrt bleiben, bevor zunächst ein Fahrstreifen freigegeben werden konnte. Genauere Auskunft zum Unfallhergang, zu Verletzten oder Schadenshöhe konnte die Autobahnpolizei auf Anfrage unserer Zeitung zunächst nicht geben. *kat*

Fast 500 Fälle von illegaler Müllentsorgung im Jahr registriert

Mehr als ein Umweltschaden pro Tag im Westerwald – Kosten trägt oft die Allgemeinheit

Von Markus Eschenauer

■ **Westerwaldkreis.** Der Abfallbehörde des Westerwaldkreises wurden im Jahr 2025 insgesamt 487 Fälle illegaler Abfallentsorgungen gemeldet. Das teilt die Verwaltung auf Nachfrage unserer Zeitung mit, um den jüngst begangenen Frevel in Nentershausen einzuordnen. Also rein rechnerisch mehr als ein Fall jeden Tag.

Was abgelagert wird, ist bunt gemischt. Aber es gibt auch Arten von Müll, die besonders oft illegal entsorgt werden. Die Kreisverwaltung nennt hier asbesthaltige Stoffe, Bauschutt, Autowracks, Hausmüll und Verpackungsmaterialien sowie Grünschnitt. „Besondere Fundstücke“ seien völlig vermüllte Grundstücke und Ansammlungen von Autowracks.

Die gute Nachricht ist, dass nicht alle illegalen Abfallentsorgungen Umweltschäden verursachen. Besonders bedenklich sind asbesthaltige Materialien, Altöl, Treibstoffe sowie Flüssigkeiten unbekannter Herkunft.

„Oftmals lassen sich die Verursacher von illegalen Abfallablagerungen aber leider nicht ermitteln.“ Die Kreisverwaltung des Westerwaldkreises auf Anfrage unserer Zeitung

Wo kommt der Müll her? Oftmals werde bei Wohnungsräumungen beziehungsweise Auflösungen von Wohngemeinschaften anfallender Abfall einfach illegal entsorgt. „Ferner müssen wir feststellen, dass Transporteure oder dubiose Anbieter von Handwerkerleistungen anfallenden Verpackungsmüll beziehungsweise Baumischabfälle einfach illegal an unbeobachteten Stellen entsorgen. Wir gehen davon aus, dass diese Taten aus einer gewissen Bequemlichkeit oder Sorglosigkeit heraus geschehen.“

Egal, was die Gründe sind, am Ende müssen oft die Allgemeinheit oder auch die Privaten die Kosten für die Entsorgung übernehmen. Im Westerwaldkreis werden illegale Abfallentsorgungen auf „öffentlichen Flächen“ durch Mitarbeiter der Forstverwaltung, der Bauhöfe, der Straßenmeistereien und durch die jeweiligen Gemeindearbeiter aufgenommen und auf den Deponien in Rennerod und Meudt entsorgt. Innerhalb der bebauten Ortslage ist der Eigentümer der Liegenschaft für die Entsorgung illegaler Abfallablagerungen zuständig.

Zielsetzung bei der Bearbeitung illegaler Abfallentsorgungen seien immer deren schnelle Beseitigung und die Ermittlung des Verursachers. Strafrechtlich relevante Fälle werden zusammen mit der Kriminalpolizei bearbeitet und führen laut Kreis in der Regel zur Einleitung von Strafverfahren. In den übrigen Fällen wer-

den in der Regel Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet.

Von Erfolg ist die Suche nach den Übeltätern allerdings nicht immer gekrönt. „Vor allem dank Hinweisen aufmerksamer Bürger können einige Fälle aufgeklärt werden“, teilt die Kreisverwaltung mit. Oftmals lassen sich die Verursacher von illegalen Abfallablagerungen „aber leider nicht ermitteln“.

➕ Hinweise auf illegale Müllablagerungen, die auf Wunsch auch vertraulich behandelt werden, nehmen die Polizei in Montabaur, Telefon: 02602/92260, E-Mail: kimontabaur.k4.umwelt@polizei.rlp.de, sowie das Umweltreferat des Westerwaldkreises, Marco Metternich, Telefon: 02602/124568, E-Mail: marco.metternich@westerwaldkreis.de, oder Thorsten Grillo, Telefon 02602/124372, E-Mail: thorsten.grillo@westerwaldkreis.de, entgegen.



Von Hausmüll über Ölkäntner wurde zahlreicher Unrat in rund 30 Säcken neben einem Weg am Ortsrand von Nentershausen entsorgt. Kein Einzelfall, wie eine Anfrage beim Kreis ergab. Foto: Andreas Egenolf